

**Bezugpreis:**  
Vierteljahr 30.- M., monatl. 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 10.- M., einjähr. 100.- M., halbjährlich 50.- M., ein- und zweimonatlich 10.- M. für das übrige Ausland bei halbjährlicher Zahlung 21.50 M. Post- bezugungen nehmen an Österreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz. - Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Voll und Zeit“ und der Unter- haltungsbeilage „Weltweit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montage einmal.  
Telegraphisch: „Vorwärts“  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Kompositionelle Zeile 5.50 M. „Kleine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 1.50 M. (un- löslig zwei Letztgedruckte Worte) jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien- Anzeigen für Abonnenten 2.50 M. Ein- drucke 2. abgeben werden. Sonntags von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptredaktion Berlin SW 68, Linden- straße 3 abgegeben werden. Sonntags von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Verleger: Amt Moravian, Nr. 151 90 - 151 97

Sonnabend, den 5. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Verleger: Amt Moravian, Nr. 117 53 - 54

## Nachtsitzung des Reichstages.

Der Reichstag wird heute nachmittags erst um 5 Uhr zusammentreten, um eine Erklärung des Reichskanzlers über die Londoner Verhandlungen entgegenzunehmen. Nach den bisherigen Vereinbarungen wird unmittelbar nach der Rede Fehrenbachs eine Pause eintreten, um noch einmal den Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu geben. Als dann werden in einer neuen Sitzung, die wahrscheinlich bis in die Nacht hinein dauern wird, die Parteivertreter die Stellung der Fraktionen darlegen. Für unsere Fraktion wird Genosse Hermann Müller-Franken sprechen.

Es ist auch möglich, daß der Reichskanzler infolge mangelnder Information aus London heute auf irgendeine Regierungserklärung verzichtet. Soweit wir die Stimmung im Reichstag kennen, wird wahrscheinlich auch ohne eine Regierungserklärung eine Aussprache der Parteivertreter stattfinden, und zwar ist es wahrscheinlich, daß die Sitzung mit der gestrigen verhinderten Geschäftsordnungsdebatte beginnen wird. Wie wir hören, haben die Demokraten bisher noch keine Stellung zu den Londoner Vorgängen genommen.

### Pause in London.

Paris, 5. März. (E.E.) Aus London liegen keinerlei positive Nachrichten vor. Die deutschen Delegierten arbeiten eifrig an der Ausarbeitung der Vorschläge, die sie am Montag machen werden. Es scheinen auch private Unterredungen zwischen dem englischen Botschafter in Berlin Lord Aberdeen und Dr. Bergmann stattgefunden zu haben. Von einer Einigung läßt sich vorläufig nicht sprechen. Die französische Presse fragt besorgt, was geschehen müsse, wenn Deutschland Lloyd Georges Bedingungen annehme, das heißt, in welcher Weise Frankreich Garantien finden würde, daß Deutschland die Verpflichtungen, die es unterschreibt, auch wirklich erfüllen werde. Vielfach wird der Verzicht auf den Ausdruck gegeben, daß Deutschland sich weigern werde, in vollem Maße dem Abkommen von Paris seine Zustimmung zu geben und daß es eine Abänderung der Zahlungsmodalitäten anbieten versuchen werde. Es ist auch nicht anzunehmen, daß heute irgend ein positives Ergebnis in London sich ergeben wird.

London, 5. März. (W.B.) Die Morgenpresse ergeht sich in Vermutungen über die Haltung der Deutschen. Bemerkenswert ist das Bestreben, Nachrichten, die die Möglichkeit neuer deutscher Gegenvorschläge betreffen sowie zuverlässige deutsche Presseäußerungen hervorzuheben. Daily News fordert, daß die Alliierten die deutsche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sowie das angebliche Defizit im deutschen Budget prüfen und dann einen klaren, praktischen Zahlungsplan ausarbeiten, der sich auf eine vernünftige Ansicht der Leistungsfähigkeit Deutschlands gründet. Es sei auch jedenfalls klar, daß die übertriebenen Bedingungen des Pariser Abkommens ausgegeben werden müßten.

London, 5. März. (Holländisch Nieuwsbureau.) In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Wall Mall Gazette“ legte der Sekretär der deutschen Delegation: Wenn die Alliierten uns für so erbtlich halten, hat die Fortsetzung der Konferenz überhaupt keinen Zweck. Drehstiel war im übrigen hinsichtlich des Ergebnisses der Untersuchung der Ausführungen Lloyd Georges durch die deutsche Delegation wenig hoffnungsvoll. Als der Interviewer fragte, wie die deutsche Delegation das Wochenende zu verbringen gedenke, antwortete Drehstiel lachend: Glauben Sie, daß man uns nach Chequers einladen wird?

### Scharfe Kritik an Simons.

Der Londoner Berichterstatter des „N. Rotterdam Courant“ behauptet, daß die deutschen Pläne in Entenletztens nicht so ganz unbekannt waren. Hätten die Deutschen durch einen geschickten Vorstoß die Außenwelt angenehm überrascht, so wäre die allgemeine Stimmung in der Welt mit einem Schlage um ein gutes Teil besser, auch die Atmosphäre in der Konferenz günstiger gewesen. Von der nordischen Anleihe hoffte man, daß alle fremden Staaten diese leistungsfähige Anleihe zulassen würden. Man erwartete jedoch einen ganz besonderen Erfolg in Deutschland, da das geflüchtete Kapital dann in der Form dieser steuerfreien Anleihe zurückkehren könnte. Es wäre also etwa

eine Amnestie für verschobene deutsche Vermögen gewesen. Daß Dr. Simons die zwanzig Milliarden als bereits bezahlt angab und noch dreißig Milliarden als noch zu bezahlende Summe andeutete, war bereits ein großer Fehler, besonders deswegen, weil er nicht der Psychologie der öffentlichen Meinung Rechnung trug und nicht genügend betonte, daß er nicht 14 Proz. vom Petroge der Pariser Beschlüsse bot, sondern mit den Zinsen einen viel höheren Beitrag. Außerdem war Dr. Simons als Redner unglücklich.

Das war jedoch nicht das Schlimmste. Fataler war folgendes: Simons erhielt, wie er meinte, von zuverlässiger Seite, die Mitteilung, daß Lloyd George die Absicht habe, einen Vergleich zu unterzeichnen. Man hielt dies für um so wahrscheinlicher, als das gleiche in ähnlicher Weise bereits in Spa der Fall gewesen war. Simons beschloß daher, die Abgabe von 12 Proz. vorläufig ganz lassen zu lassen. Wahrscheinlich hat ihn dies auch zu einer so un-

günstigen Formulierung seines Angebots veranlaßt. Das Ergebnis war, daß die Entente empört war. Die Sache wurde nicht besser dadurch, daß verschiedene Mitglieder der deutschen Delegation überall verkündeten, daß dies jetzt das äußerste Angebot sei. Simons bestärkte sie scheinbar in dieser Taktik. Es ist als ein Misset anzu- sehen, daß die Engländer durch Indiskretion darüber unterrichtet waren, daß die Deutschen tatsächlich an Stelle der 12prozentigen Abgabe etwas anderes anzubieten beabsichtigten. Die Engländer scheinen den ursprünglichen deutschen Plan auf jeden Fall als wohl geeignet für eine erste Grundlage zu Verhandlungen angesehen zu haben. Sie hatten vor allem an der Bewertung der Exportabgabe Anstoß genommen. Sie wollten sich bezüglich dieses Punktes auf eine andere Formulierung festlegen. Lloyd George hat dies vorgestern in seiner Rede noch ausdrücklich erklärt.

### Das Ergebnis von Dr. Simons Taktik

Es ist, daß die Lage der Deutschen viel schlechter ist als nötig gewesen wäre. Es ist schwer zu sagen, wie die Lage sein würde, wenn die Alliierten ein Ultimatum gestellt hätten in dem Glauben, daß die Deutschen tatsächlich nichts Besseres anbieten könnten, als Dr. Simons am Dienstag vorschlug, und nicht zufällig in Erfahrung gebracht hätten, was hinter den Kulissen vor sich gegangen war. Dann würde wahrscheinlich die Aufstellung einer Reihe von Bedingungen die Folge gewesen sein, weil eine Weigerung der Deutschen den Abbruch der Verhandlungen bedeutet hätte. Die Alliierten nehmen an, daß die Deutschen einen Ausweg finden können. Inzwischen beraten die verschiedenen Sektionen der deutschen Delegation; denn neue Sachverständige sind aus Deutschland nicht angefordert.

### Frankreich im Kohlenüberfluß.

Bohain, 5. März. (Presf. Sig.) Kürzlich verbreitete Gerüchte eine Meldung, nach der sich die französischen Bergleute für höhere Kohlenlieferungen Deutschlands ausgesprochen haben sollen. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes erkundigte sich darauf bei den Führern der französischen Bergarbeiter und erhielt die Auskunft, ihnen sei die hiesige Meldung ungenügend. Schon auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß in Genf hätten sich die Franzosen gegen das Ueberlieferungsverfahren ausgesprochen. Angesichts der Abflakrife in manchen französischen Kohlenbezirken könnten sie naturgemäß erst recht kein Gewicht auf die Lieferung großer Mengen deutscher Kohle nach Frankreich legen. Schon seien zahlreiche Bergleute in Frankreich arbeitslos.

### Versaillesvertrag — tabu!

Paris, 5. März. (Kammer.) Bei der Beratung des Gesetzentwurfs auf Einderung der Jahresklasse 1921 verteidigte der Sozialist Boncour ein Gegenvorschlag auf nur einjährigen Militärdienst schon von jetzt ab. Kriegsminister Barthou lehnte den Gegenvorschlag ab; dieser würde nur 190 000 ausgebildete Soldaten ergeben, während allein an Rheins und im Ausland 140 000 erforderlich seien. Der Gegenvorschlag wurde mit 407 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Blum verlas eine Erklärung der sozialistischen Gruppe, die die Verantwortung für die Folgen der europäischen Politik der Regierung ablehnt. Renaud verlas eine kommunistische noch schärfer gehaltene Erklärung, in der es heißt, daß man die

### Arbeiter des Versailles Vertrages vor Gericht stellen

müsse, und daß man dem Kampfe zwischen dem französischen und dem deutschen Imperialismus beizuhelfen. Die ganze Kammer „mit Ausnahme weniger Kommunisten“ geriet in große Erregung. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen. Barthou protestierte energisch gegen die kommunistischen Worte. Die Rede Renauds sei unzulässig. Wäre er an seinem Platte geblieben, ohne darauf zu antworten, so hätte das Land ihm seine gleichgültige Haltung zum Vorwurf machen können. Es sei eine annehmbare Beleidigung, denn über ihre Personen hinaus richte sie sich gegen Frankreich. Barthou wiederholte gegenüber dem Kriegsbeschädigten Abg. Renaud, Frankreich sei überfallen worden, und zwar unter Bedingungen, daß die Kammer einmütig dagegen Stellung genommen hätte. Auch in diesem Augenblick gebe Frankreich den Beweis der Mäßigung. Deshalb könne er Frankreich nicht beleidigen lassen. Der kommunistische Protest sei eine Schande. Er sei das Echo der von Minister Simons jenseits des Rheins unternommenen Kampagne.

Abg. General Cassinau fragte, wie die augenblickliche Lage Frankreichs sei. Er sagte: Wir sind am Rhein und wir haben eklatante Beweise unserer Mäßigung gegeben.

Wir nähren keine aggressiven Gefühle gegen Deutschland. Wir verlangen nur, was es uns schuldig ist. Wir wollen nicht zur Gewalt zurückkehren, aber wenn Deutschland uns zum Außersten zwingt, dann muß es wissen, daß, wenn wir einmal dort sind (sind ja schon! Ober ist linksrhein schon Frankreich? Red.), wir nicht ohne Garantien das Retourbillet lösen werden. Deutschland kann gegen uns nichts unternehmen, wir aber alles gegen Deutschland. Die Heereskommission vertritt den Standpunkt, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, die militärische Schraube zu lockern.

### Seht Rumänien los!

Budapest, 5. März. (U.) Die rumänische Regierung hat die Grenze gesperri und die Reisenden, die dort eingetroffen sind, wieder nach Budapest zurückbefördert. Den Konsulaten wird mitgeteilt, daß die Grenzsperrung auf unbestimmte Zeit angeordnet werde. Ueber deren Ursache könne jetzt nichts angegeben werden.

## Gewerkschaften und Sklavenarbeit

Lloyd George gegen die Gewerkschaftsinternationale.

Vor einigen Tagen erschien in der Presse die Antwort des englischen Premierministers auf ein Telegramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, die zu den Anforderungen der Entente gegenüber Deutschland Stellung nahm. In seiner Antwort bemerkte Lloyd George, „er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges die Arbeiter Hollands gegen die Verschickung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert worden sei“.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns hierzu geschrieben: Diesem mangelnden Erinnerungsvermögen des englischen Ministers können wir etwas nachhelfen, zumal da diese Gedächtniswache dazu angetan ist, im Ausland die Gewerkschaftsinternationale — Lloyd George spricht absichtlich nur von den holländischen Gewerkschaften! — in falschem Licht erscheinen zu lassen. Ein Zweck, der wahrscheinlich nicht unabsehlich erreicht werden sollte.

Wir können zunächst den holländischen Gewerkschaften bezeugen, daß sie sich mit großem Eifer bemüht haben, diese von Lloyd George erwähnten Maßnahmen des deutschen Militarismus zu bekämpfen und daß mehr denn einmal Protest von ihrer Seite gegen die Behandlung der belgischen, französischen und polnischen Arbeiter eingelegt wurde.

Indes nicht nur von dieser Seite kam der Protest, auch die deutschen Gewerkschaften setzten alle ihre Kräfte ein, um diesen unwürdigen Zustand zu befeitigen. Wir verweisen nur auf den Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den sie im Jahre 1919 herausgab:

„Im Jahre 1916 stieg der Arbeitermangel in der deutschen Industrie derartig, daß die deutsche Regierung neben der Durchführung des Arbeitszwang ausgeübten Hindenburgprogramms das gleiche Mittel auch gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete in Anwendung bringen zu können glaubte. Besonders wurde die polnische und belgische Bevölkerung von diesen Maßnahmen, von denen die Gewerkschaften zuvor keinerlei Kenntnis erhielten, betroffen. Als die ersten Mitteilungen darüber in die Presse kamen, unternahm die Generalkommission sofort bei der Regierung dagegen Schritte, ohne einen Erfolg zu erzielen. Schließlich setzte sie es durch, daß ein Vertreter der Generalkommission in dieser Angelegenheit nach Belgien reisen konnte, um sich mit der belgischen Gewerkschaftskommission darüber auszusprechen. Im Januar 1917 kam Genosse Bauer im Auftrag der Generalkommission nach Brüssel und verhandelte mehrere Tage lang mit dem Sekretär der Gewerkschaftskommission sowie mit dem Gouverneur. Es gelang ihm, die belgischen Genossen davon zu überzeugen, daß die deutschen Gewerkschaftsleitungen von der Verschleppung belgischer Arbeiter nach Deutschland nichts gewußt hätten und diese Maßnahmen nach ihrem Bekannntwerden auch aufs schärfste verurteilten. In der behördlichen Behandlung der Angelegenheit selbst konnten aber nur gewisse Rücksichtnahmen erreicht werden. Die Zwangsbeschäftigung sollte sich nur auf substanzlose Personen erstrecken; auch sollten diese Personen möglichst in den besetzten Gebieten beschäftigt werden. Soweit solche Personen bereits in Deutschland untergebracht seien, sollte ein Ver- lehr derselben mit den Gewerkschaften nicht unter- bunden werden. Die Generalkommission veranlaßte auch eine Behandlung dieser Angelegenheit im Reichstage, bei der es an scharfer Kritik des Vorgehens der Regierung nicht fehlte. Die Sozialdemo- kratie nahm diese Vorgänge sogar zum Anlaß, der Regierung die Zu- stimmung zum Budget zu verweigern. Einer Remedur widersetzten sich auch hier Regierung und Reichstagsmehrheit. So mußte sich die Generalkommission darauf beschränken, das Los der belgischen Arbeiter in Deutschland möglichst zu erleichtern und für dieselben nach Kräften einzutreten. Sie kam deshalb mit dem Kriegs- ministerium wiederholt in scharfe Differenzen, da dieses bestrebt war, in Beschwerdefällen jede gewerkschaftliche Vermittlung auszuschalten. ... Das Endergebnis der Auseinandersetzung mit dem Kriegs- ministerium war, daß dieses gegen die Zulassung der belgischen Arbeiter zu den deutschen Gewerkschaften nichts mehr einzuwenden hatte.“

Auch für die polnischen Arbeiter mußte die Generalkommission wiederholt vermitteln, da sich bei ihrer Beschäftigung Mißstände ergaben. In Polen hatte die Verwaltung das System der Anwerbung von Arbeitskräften nach Deutschland bevorzugt, da es dort nicht an Arbeitern fehlte, die freiwillig die nach ihren Ver- griffen hochbezahlte Arbeit in Deutschland annahmen. Die Ent- lässung nach näherer Kenntnis der deutschen Lebensverhältnisse blieb nicht aus und bildete den Anlaß zu zahlreichen Diffe- renzen, in denen die Gewerkschaften eingreifen mußten. Besonders erbitternd wirkten die Schwierigkeiten, die den polnischen Arbeitern wegen eines Stellungswechsels sowie bei Urlaubsgesuchen zwecks vor- übergehenden Heimatbesuches und bezüglich des Besammlungsrechts gemacht wurden. Auch hierüber wurde wiederholt im Reichstag ver- handelt, aber erst der Waffenstillstand brachte eine Aenderung dieser Verhältnisse. Doch gelang es der Generalkommission, die Heraus- gabe des sogenannten Polen-Erlasses durchzusetzen, wonach den polnischen Arbeitern der An- schluß an die Gewerkschaften freigegeben wurde.“



Hingugefügt kann diesem Bericht werden, daß die sehr ungerechte und harte Maßnahme der deutschen Militärverwaltung unter dem Einfluß der Gewerkschaften nahezu vollständig aufgehoben wurde. Die Internationale der Gewerkschaften hat, soweit es in ihren Kräften stand — und sie nicht durch die Herren Lloyd George und Millerand an der Erfüllung ihrer internationalen Pflichten gehindert wurde — getreu ihrer Auffassung der Versöhnung der Völker gedient. Deshalb kann sie sich auch berufen fühlen, gegen den Sklavenvertrag der Entente zu protestieren.

### Der Breslauer Auloc-Prozess.

Breslau, 5. März. (II.) In der weiteren Vernehmung wurde von den Zeugen bekundet: Der Bahnbeamte Urbanek wurde am 16. März ohne jeden Grund in der Nähe des Hauptbahnhofes mit seinem Freunde, dem Mechaniker Sawatschko, festgenommen. Beide wurden dann zur Hauptwache des Hauptbahnhofes gebracht und dort gleich Schwererbrecher misshandelt. Der Zeuge Urbanek hat dort den anwesenden Offizier um seine Entlassung, er sei seit 15 Jahren Bahnwärter. Der Offizier rief ihm die Worte zu: „Halt die Freie, sonst kriegst Du roth ein.“ Dann ging es zum Generalkommando. Sein Freund habe auf die Frage des Offiziers nicht geantwortet, weshalb er einen

Hieb mit einem Gummiknüppel über den Schädel erhielt. Der frühere Auloc-Soldat, technischer Zeichner Georg Klose, will niemals bemerkt haben, daß im Generalkommando Leute misshandelt wurden. Er schildert den Angeklagten Walter als ein Vorbild des Soldaten (I), der die Soldaten vor Mißhandlungen Eingelieferter warnte.

Der Student der Nationalökonomie Grothaus-Würzburg war zeitweiliger Offizier bei der Auloc-Truppe. Er verlor die Eingekerkerten im Wachtlokal und gibt an, daß Leute nach seinem Willen misshandelt worden seien. Er habe dies oft mit Erfolg verhindert. Auch in den oberen Räumen seien Leute nicht gut behandelt worden. Einzelne der Auloc-Leute hätten Gummi knüppel besessen. Er selbst habe niemand geschlagen. Die Mannschaft sei in großer Wut gewesen, weil die Bevölkerung eine feindselige Haltung gegen sie angenommen hätte.

Lehrer Ulrich, damals Adjutant des Oberleutnants Auloc, gab an, daß Auloc den ausdrücklichen Befehl gab, die Eingekerkerten nicht zu behandeln. Mißhandlungen waren streng verboten. Es fanden vielsach Uebergriffe statt, insbesondere auch

Uebergriffe in der rechtsstehenden Presse, die nach seiner Meinung durch Spindel bedient wurde. Walter neige nicht zur Rohheit und habe die Mannschaft gut behandelt. Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend, 9 Uhr vormittags, vertagt.

### Kerkhoff II.

#### Ein steuerscheuer deutschnationaler Finanzminister.

Wiederum hat sich Herr Helfferich, der Hüter der politischen Moral, die schöne Gelegenheit entgehen lassen, als stillschweigender Ankläger vor der Öffentlichkeit Eindruck zu machen. Allerdings handelte es sich wieder wie im Fall Kerkhoff um die mehr als peinliche Angelegenheit einer deutschnationalen Größe — diesmal in Mecklenburg. Es ist der Fall des ehemaligen deutschnationalen Finanzministers von Mecklenburg namens Dettmann. In der letzten Sitzung des mecklenburgischen Landtags, die vor den auf den 13. März angesetzten Neuwahlen stattfand, hatten unsere Genossen eine Anfrage eingebracht, die nähere Auskunft über die Verhältnisse verlangte, wonach Finanzminister a. D. Dettmann sich während seiner Minister-tätigkeit der Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. In Beantwortung dieser Anfrage stellte Finanzminister Peterson fest, daß durch die Untersuchung tatsächlich die Ueberführung des Beschuldigten erfolgt ist. Vom Landesfinanzamt in Rostock sei Strafantrag gestellt und das Verfahren bereits eröffnet worden.

Herr Dettmann selber verbreitet in der „Mecklenburger Warte“ ein Dementi, in dem er die Steuerhinterziehung bestreitet und behauptet, daß er nur gegen seine Veranlagung zur Kriegsabgabe Berufung eingelegt habe. Ein Verfahren gegen ihn sei niemals eingeleitet worden. — Nach der oben zitierten

### Tagore in den „Kammerspielen“.

#### „Der König der dunklen Kammer.“

Rabindranath Tagore, der bärtige, aus Sanftheit und Mystizismus zusammengesetzte Bengale, überreicht eine östliche Sitten-annekt, die Kinder und Männer gleicherweise erquidt. Er liebt still und als ein philosophisches Beispiel, angenehm der Schuljugend, den Liebenden und auch den tätigen Männern, in seiner bunten, beruhigenden Welt. Als die akademischen Verwalter des Nobelpreises ihn ehrten, fing das lebende Europa an, genauer nach dem Inhalt seines dichtenden und lehrenden Lebens zu fragen. Er schien geeignet, die Moral der westlichen Menschen etwas einzurenken. Die weltberühmte Frömmigkeit Lottos, die weltzerstörernde Rafferei Strindbergs, Reichs und den starken Persönlichkeiten Schmiedelnde Festlichte, alle diese Moden eines entgeisterten Bewusstseins und Geschmacks reichten nicht mehr aus, um als Ersatz für kirchenfremde Gedankenwandler zu gelten. Rabindranath Tagore brachte aber eine Tröstung, die man einen natürlichen Sozialismus nennen könnte. Er berührte nicht die Ökonomie seiner Gläubigen, sondern die Regungen, die sich nach Erledigung des Sparfüßensbuches und des Steuerzettels einfinden. Von gehelligter Indierweisheit löste er auch einen erfreulichen und trotzdem nicht besoffenen Sud. Und manchmal schreute er sich auch nicht, zu Frauen und Geschäftsmännern von Vortereitspflichten der Regierenden zu sprechen. Sonst hätte er im Rotasparadiese seiner Heimat und in Salons Londoner Lords, gut behütet von westlicher Aristokratie und patriarchalisch bemäht um die Massen des schweigenden Volkes, das ihm seine Andacht und heiligsollende Predigerstimme nicht mißgönnte.

„Der König der dunklen Kammer“ ist ein Legendenpiel. Was es voraussetzt ist die Vertrautheit mit einem Fabelgedanken, der einige Menschenkenntnis verbirgt. Sieh dich hin, verteilte und vernüme dich mit deinem Willen und Sinnen ganz und gar an eine Vernümekeit, und merke dir, daß du allmählich Schöpfersprüche geminst. Du wirst imstande sein, ebenso wie Gott etwas Schönes in etwas Häßliches umzuwandeln, in Helles etwas ganz Finsternes. Die Indier nennen derartige Erhöhung der weltlichen Absichten das Jopitum. Der Mensch verkettet sich wie ein Galoosensträfling der höheren, der überirdischen Geistesmacht, und als ein beglückter Sieger wird er über dem Keinen Unglück seines Alltags stehen.

So geschieht es auch der Königin, die ihren Gemahl bisher nur in der dunklen Kammer erspüren, nicht betrachten, nicht mit dem begehnten Auge verehren durfte. Vielleicht ist wahr, was gerumt wird: daß er sehr häßlich sei, schwarz, grauerregend. Die Königin würde sich nicht an seine Brust legen, erkenne sie diese Wahrheit. Es raunen von des Königs Häßlichkeit die Leute im Volk, die Reisenden, die aus der Fremde kommen. In allen aber blüht die Zuver-

ministeriellen Erklärung wird man Herrn Dettmanns Angaben aber wohl mit Zweifel entgegneten müssen. Auch noch ein anderer Grund spricht für eine Notausrede: Herr Dettmann ist nämlich auch auf der neuen Kandidatenliste der Deutschnationalen vertreten. Von seinen angeblichen Verdiensten um die mecklenburgischen Finanzen machen die Deutschnationalen großes Aufsehen. Aber die eigene Erklärung des Herrn Dettmann zeigt, wie scharf er sich selber gegen das Steuerzahler gewehrt hat!

### Unbelehrbar.

Die „Rote Fahne“ muß — das gehört zu ihren Existenzbedingungen — alle Tage einen „Berrat der Sozialdemokratie“ melden können. Und da sie von uns nicht das genügende Material bekommt, so nimmt sie das Gute eben, wo sie es findet. Das eine Mal ist ihr eine halbtote Kombination der Zentrums-Parlamentskorrespondenz die geeignete Grundlage, um einen Umfall der Partei zu konstatieren. (Dabei, daß wir dieser Meldung ganz entschieden entgegengetreten sind, hat die „Rote Fahne“ ihren Lesern natürlich nichts mitgeteilt.) Doch hat sie inzwischen schon wieder ein neues Fändlein gemacht: eine Schmoderei des „Nacht-Uhr-Abendblatts“, dessen findiger Berichterstatter gerochen hat, daß der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Eintritt in eine Rechtskoalition „nicht mehr so stark“ sei als bisher.

Wir müssen der „Roten Fahne“ zum zweitenmal mitteilen, daß das „Nacht-Uhr-Abendblatt“ ebensowenig ein Organ der Sozialdemokratie ist als die Zentrums-Parlamentskorrespondenz. Aber wer nichts Positives hat, der klammert sich selbst an den Strohhalm, den ihm ein Sensationsblatt hinwirft!

### Ersparnisse bei der Verwaltung.

In der gestrigen Sitzung des 16. Ausschusses des Reichstages zur Verbilligung der Verwaltung machte der Reichsminister Koch eingehende Darlegungen über den bisherigen Verlauf der Ersparnismaßnahmen.

Der im November des vorigen Jahres einberufene Präsident Carl, der in vollster Freiheit an seine Arbeit herangegangen sei, habe Ende Dezember eine Denkschrift eingereicht, in der er weitgehende, auch sonst schon erörterte Vorschläge zur Neuorganisation der Reichsverwaltung gemacht habe. Die Hauptpunkte an diesen Vorschlägen sei die Verringerung der Ministerien, die Begründung von Wirtschaftsgebieten mit weltweiter Selbstverwaltung, die Degenerierung der Reichsverwaltung durch Ausbau der Landesfinanzämter zu Bezirksverwaltungsbehörden, die Gründung privater Organisationen zur Übernahme bisher staatlicher kultureller und wissenschaftlicher Aufgaben. Die Reichsregierung (siehe einem großen Teil dieser Argumente freundlich gegenüber.

Die Hauptsache aber sei, diese allgemeinen Pläne durch Vorschläge, die bis ins einzelne durchdacht und ausgearbeitet sein müssen, in die Tat umzusetzen. Dafür habe die Denkschrift des Herrn Carl noch keinen Anhalt geboten. Es sei aber zu beachten, daß die Entscheidung über diese Fragen einem Gremium zur Bearbeitung überlassen bleiben müsse, das die drei Organe der politischen Willensbildung in Deutschland, Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung, enthalte. Aus diesem Grunde habe die Reichsregierung beschlossen, eine Kommission aus je 6 Mitgliedern dieser Organe einzuberufen, die, wie er hoffe, schnellste Arbeit machen werde.

Neben diesen großangelegten Reformplänen müsse aber eine wesentliche Kleinarbeit geleistet werden, die sich namentlich darauf zu beziehen habe, die doppelte Bearbeitung vieler Gegenstände in mehreren Ministerien des Reichs und Preußens zu beseitigen, auf eine vernünftige Arbeitsmethode hinzuwirken, in die Ueberreste der Kriegsorganisationen hineinzuwirken, um ihren schnelleren Abbau zu betreiben, überflüssige und kostspielige Beiräte zu beseitigen usw. Auch auf diese Frage werde die neu gebildete Kommission ihr Augenmerk zu richten haben. Die Reichsregierung habe beschlossen, die in die Kommission von ihr entsandten Mitglieder anzudeuten, in dieser Richtung hin baldigst tätig zu werden.

Verhaftung von Kommunisten in Glasgow. Die Glasgower Polizei hat in dem Bureau des Blattes „Red Commune“ eine Haus-suchung abgehalten. Zwei Männer und eine Frau, welche aufrührerische Artikel veröffentlicht haben, wurden verhaftet. Vorher hatte ein Kriminalbeamter bereits den Hauptredakteur des Blattes verhaftet.

sicht, daß ihr König 'schöner Mann nur sei. So stark blüht die Zuversicht, daß ein närrisch schöner Betrüger das ganze Volk betrügen und königliche Ehren einheimen darf. Währenddessen wartet die Königin, daß ihr Gemahl die dunkle Ehe- und Liebestammer erleuchte und sich ansetzen lasse mit dem getrübeten Lebensbild. Der König lichtet die Dunkelheit nicht. Sie aber verfällt auch dem Trug des Volkes, dem Trug des Betrügers. Sie glaubt, daß der König in der dunklen Kammer der häßliche und schlechte sei. Auf dem Weg begibt sie sich, um dem schönen König zu folgen. Nun beginnt heimlich, nicht in seiner Ursache zu übersehen, das Spiel der rätselhaften Jopitkräfte. Die Königin, bereit in Gedanken zu sündigen, vermag es nicht durch die Tat. Sie verfällt nicht dem schönen Trugkönig, sie bleibt innerlich verfallen dem schwarzen Wahrheitskönig. Es ist einen Augenblick, als wenn ein Passionsweg für sie anbeide mit Enttäuschungen auf der Erde. Sie verfällt dieser Erdentöschung nicht, die eine christliche Phantasie dichter Weltler vieljährig, spannend und doch armstelig erfunden hat. Sie wird nicht die Geliebte des falschen Königs. Sie braucht nicht als Reuige zurückzukehren. Alle Umkehr und Einkehr nach stundenlangem Straucheln schöpft sie aus eigener Eingebung. Der Dichter kommt ohne Realist aus. Er ist darum kein Dramatiker, sondern nur Zusammenschneider tiefer, vom fesselnden Wert getragener Monologe oder Zwiesprache. Sein Bild ist das vom Gedanken besuete Sonnenbild. Das Theater der Künste gehört ihm nicht.

So tat Bernhard Reich gut, nicht noch falscher Bewegtheit oder Abwechslung des Bühneneindrucks zu suchen. Man redet in einer symbolischen Architektur. Das Licht nur läßt und die Farbigeit des Kleides. Vorstellen ließe sich, daß auch dieses erklärende Werkzeug fortgelassen wird. Dann läse man alles einfach ab, zeigte die redenden Menschen gar nicht und verfuhe, die Nachdenklichkeit des Wortes allein wirken zu lassen. Wären die Stimmen dann mächtig genug, der Zuhörer, der überhaupt empfindlich ist, würde nicht zu klagen haben. Nach solcher Betrachtung ist die Frage überflüssig, ob es sich um ein dramatisches Gedicht handelt.

Der Geist brodelt matt im wahren und echten Könige. Dieterle, der wahre König, der unsichtbar bleiben soll, desolante, wo er plamierten sollte. Herr von Meyerind, der falsche König, stellte nur die gezielte Puppe hin, ein Schauspieler der Wirklichkeit, er sollte ein metaphysischer Ohrenbläser sein. Fri. Benera schwankt noch zwischen Gesäuße und Pathetik. Sonnenablässe, der ihr diesmal nötig gewesen wäre, ist allerdings das Höchste, das von einer sprechenden Künstlerin zu erreichen wäre.

Max Hochdorf.

Kaffeegenuß und Frauensterblichkeit. Der dänische Arzt Dr. Hindvede, der als Kritiker und Reformator unserer Ernährung wertvolle Arbeit geleistet hat, eröffnet jetzt einen Feldzug gegen den übermäßigen Kaffeegenuß besonders der Frauen. Obwohl infolge der Valuta der Kaffeeverbrauch in Deutschland stark abge-

### Wilson's Abschied.

Washington, 5. März. (Havas.) Zu den letzten amtlichen Handlungen des scheidenden Präsidenten Wilson gehörte die Verweisung eines Schriftstückes an den Senat, das von amerikanischen Bürgern ausgeht und die Kriegsschäden betrifft, deren Ertrag von den Deutschen gefordert werden solle. Die Schäden für von deutschen Ueberflößen versenkten Verkehrsrisse sollen 60 Millionen Dollar allein für die während des Krieges erlittenen Verluste betragen. Eine große Petroleumgesellschaft fordert dreißig Millionen Dollar für Zerstörung ihres Eigentums in Rumänien.

Washington, 5. März. (Reuter.) Wilson hat das Auswärtigeresche und die Heeresgesche nicht unterzeichnet, also veto dagegen eingelegt.

Washington, 5. März. (EE.) Präsident Harding leistete gestern mittag den Amtseid vor dem Oberbundesanzwält Whille. Dann breitete er die Arme aus, als ob er die zahlreich angefallene Menge umarmen wollte und hielt die bereits bekannte Antikris- und Programmrede. Präsident Hardings erste Amtshandlung war im Gegensatz zu dem bisherigen Brauch, daß er persönlich die Liste seiner Kabinettsmitglieder dem Senat während der Beibehaltung unterbreitete. Er hielt eine kurze Ansprache an die Senatoren, und der Senat bestätigte die Ernennungen innerhalb von 10 Minuten.

Washington, 5. März. (EE.) Wilson verließ gestern das Weiße Haus zum letzten Male. Wegen seines außerordentlich geschwächten Zustandes war es ihm unmöglich, der Amtsübergabe an Harding beizuwohnen und es verursachte ihm erstlich Mühe, das Haus, in dem er acht Jahre gewohnt hatte, zu verlassen.

Wir mühten uns, wenn wir dieses Bedauern teilen sollten. Schändlicher haben kaum je friedliche Versprechungen getrogen, als die Woodrow Wilsons über den Friedensschluß. Hoffentlich kommt wenigstens diesmal was Besseres nach!

Washington, 5. März. (II.) Wilson hat bekanntgemacht, daß er sich mit dem Staatssekretär Bainbridge verbunden hat, um ein gemeinsames Advokatenbureau in Washington und New York zu eröffnen.

Washington, 5. März. (II.) Das Repräsentantenhaus hat beschlossen, dem französischen und englischen „unbekannten Soldaten“ die Ehrenmedaille des Kongresses, die höchste amerikanische Auszeichnung, zu verleihen.

### Griechen gegen Türken etc.

London, 5. März. (Amtlich.) Den Führern der Alliierten gab Katsgeropoulos folgende Erklärung ab:

Die hellenische Regierung hat der Nationalversammlung den Vorschlag der Konferenz betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission nach Throglon und Smyrna unterbreitet. Infolge der von den Führern aller Parteien und Abgeordneten von Throglon gehaltenen Reden hat sich die Nationalversammlung, nachdem sie von neuem ihre Dankbarkeit und Hochachtung gegenüber den Großmächten zum Ausdruck gebracht hat, einstimmig gegen den unterbreiteten Vorschlag ausgesprochen.

Die türkische Delegation erklärte: In Uebereinstimmung mit den Weisungen, die sie aus Angora erhalten hat, nimmt die Delegation der großtürkischen Nationalversammlung die Einsetzung einer Untersuchungskommission an. Die Nationalversammlung ist der Ansicht, daß die Untersuchung unter der direkten Ueberwachung und unter der effektiven Kontrolle der alliierten Behörden vorgenommen werden muß.

Nach einer Havas-Meldung aus London haben Lloyd George, Briand und Graf Sforza hienach eine Besprechung über die absehnende Haltung der Griechen abgehalten. Sforza hat die Behauptung, daß Italien der Türkei Waffen geliefert habe, dementiert.

London, 5. März. (M.B.) „Morning Post“ erfährt, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, unter gewissen Bedingungen die Entschließung, eine Untersuchungskommission nach Smyrna zu entsenden, infolge der griechischen und der türkischen Weigerung, die Ergebnisse der Kommission unbedingt anzunehmen, zu widerrufen. Es wird vorgeschlagen, daß Griechenland der Türkei Zugeständnisse machen solle, wie z. B. die Abhaltung eines autonomen Regimes für Smyrna, das die Interessen der Christen wahre.

namen hat, werden Hindvedes Beobachtungen auch bei uns interessieren. Er betont, daß im Kriege, als der Kaffee ein seltener und teurer Genuß war, die Sterblichkeit unter den Frauen in Dänemark sehr beträchtlich heruntergegangen sei, und als Ursache hierfür glaubt er einzig und allein die Kaffeekostionierung ansehen zu müssen. Von 1900 bis 1916 stieg der Kaffeeverbrauch in Dänemark von 3,6 auf 6 Kilogramm pro Jahr und Kopf und 5 Kilogramm jährlich sind 17 Gramm täglich. Da aber die Kinder verhältnismäßig wenig Kaffee trinken und die Frauen etwas mehr als die Männer, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die dänischen Frauen in der Regel 25 bis 30 Gramm Kaffee am Tage verbrauchen, manche sogar noch beträchtlich mehr. 25 bis 30 Gramm Kaffee enthalten aber 30 bis 36 Zentigramm Koffein, ein stark wirkendes Gift und eine Arznei, von der die Ärzte nicht gern mehr als 20 Zentigramm verwenden. Es ist natürlich nicht gesund, tagaus tagein ein so starkes Gift zu sich zu nehmen. Auf die Dauer wird Koffee später oder früher eine schädliche Wirkung auf das Herz ausüben.

Dr. Hindvede zeigt in einer Tabelle, wie die Todesfälle bei Frauen infolge von Herzleiden in den Jahren 1900 bis 1915 von 75 bis zu 138 (auf 100 000) gestiegen sind, während sie in der Rationierungszeit auf 99 herabgingen. Für die Männer stellen sich die entsprechenden Ziffern folgendermaßen: Steigerung von 99 auf 125 und Sinken auf 89. Dr. Hindvede findet also, daß der Kaffee auch auf Männer seinen schädlichen Einfluß ausübt; aber hier spielen auch Alkohol und Tabak eine große Rolle, während es bei den Frauen hauptsächlich der Kaffee ist, der nach ihm diese Erscheinungen hervorruft.

Erkennungen der Woche. Hr. Neues Volkstheater: „Der Mann Jodor.“ — Sonnab. St. Schauspielhaus: „Der Kaufmann von Venedig.“

Uraufführungen. Prof. Goetz wiederholt seinen Vortrag „Rit dem Flugzeug zur Nord- und Ostsee“ am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Sonntag, Pontois: „Von San Remo nach Florenz.“ Mittwoch, Freitag: „Spanien.“

Das Deutsche Opernhaus will für den Rest dieser Spielzeit noch den „Fliegenden Holländer“ und die „Götterdämmerung“ herüberbringen. Als Uraufführung bereitet es die dreineuere Einakter „Lucetta“ vor.

Reinhardt in Wien. Die Wiener Verhandlungen mit Reinhardt sind jetzt zum Abschluß gekommen. R. R. hat sich für eine Reihe von Jahren verpflichtet, im April, Mai und Juni einige Vorstellungen im Burgtheater u. m. zu übernehmen. Er hat sogar eine Reihe von hervorragenden, an anderen Bühnen wirkenden Schauspielern dem Burgtheater für einen Teil der Spielzeit vermittelt.

Wiedereröffnung des Berliner Münzkabinetts. Am Berliner Kaiser-Friedrich-Museum sind soeben die Schätze des Berliner Münzkabinetts, die im Kriege geschlossen worden waren, wieder eröffnet worden.

Nach Frankreich sucht neue Markenerkennungs. Der Wettbewerb, den die französische Regierung zur Erlangung eines neuen Reichsmarkens abgeschrieben hatte, ist ergebnislos verlaufen. Die Dreizehnter konnten sich nicht entschließen, den ausgesetzten Ehrenpreis von 10 000 Francs zu übernehmen. Die Bilder der ausgesetzten Markenerkennungen halten sich durchaus im Rahmen der Mäßigkeit und sind in ihrer Banalität am allerwenigsten geeignet, der „Ederin“ Roths Konkurrenz zu machen.



# Der Braunschweiger Justizskandal.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Von allen Justizskandalen, an denen die letzte Zeit so reich war, ist der Prozeß, der kürzlich in Braunschweig gegen den Landesschulrat Dr. Stölzel zum Abschluß gebracht wurde, wohl das tollste Stück. Stölzel ist lediglich deswegen angeklagt und verurteilt worden, weil er in Abwehr der gegen ihn von reaktionärer Seite in Szene gesetzten Hehe einige Hauptverdächtige im Wege eines Ermittlungsverfahrens vernommen hat und dabei zu Resultaten gelangt ist, die seinen politischen Feinden unangenehm waren.

Der braunschweigische Landesschulrat Dr. Stölzel gehört politisch zur S.P.D. und hatte sich als Schulreformer einen Ruf gemacht, sich allerdings unter seinen Kollegen durch seine von ihnen abweichende Haltung auch viele Feinde erworben. Im Sommer 1920 wurde er von der Braunschweiger Regierung zum Landesschulrat, d. h. zum obersten Chef der Schulverwaltung, gewählt. Der Braunschweiger Philologenverein suchte nun zunächst Material gegen ihn zu beschaffen. Wie strupellos dabei vorgegangen wurde, ergibt sich daraus, daß unmittelbar nach dem Dienstantritt des Dr. Stölzel sein Schreibtisch erbrochen und Akten daraus gestohlen wurden. Kurz nachher fand sich im Besitze von Mitgliedern des Philologenvereins eine Auskunft des Berliner Provinzialschulkollegiums über Dr. Stölzel, die ungünstig lautete. Diese wurde eifrig in Bekräftigung verbreitet, um gegen ihn Stimmung zu machen. Daraufhin ordnete der damalige braunschweigische Kultusminister Sievers eine Untersuchung an und beauftragte Herrn Dr. Stölzel mit der Durchführung. Im Laufe dieser Untersuchung vernahm Stölzel unter andern den Beamten der geheimen Kanzlei Steding, der in dringendem Verdacht stand, an dem Vertrauensbruch mitschuldig zu sein, und den Oberlehrer Dr. Witte. Der letztere hatte das gefälschte Zeugnis verfertigt, und Dr. Stölzel wollte von ihm erfahren, von wem er es bekommen habe. Steding hat bei seiner Vernehmung zugegeben, das Zeugnis entworfen zu haben, und jämmerlich um Entschuldigung gebeten. Witte hat seinen Gewährungsmann genannt.

Am 15. August fand nun eine Versammlung des Philologenvereins statt, in der zum Vortritt gegen Stölzel aufgefordert wurde. Man wollte ihn dadurch zur Aufgabe seines Postens zwingen. Trotz der strupellosen Hehe gelang es aber nicht, sämtliche Mitglieder des Philologenvereins für die Revolte zu gewinnen.

Nun kamen seine Gegner auf den Gedanken, ihren Feind mit Hilfe der Gerichte zu beseitigen. Man versuchte zunächst eine Strafanzeige wegen Urkundenfälschung, indem behauptet wurde, Stölzel habe die Protokolle in dem Verfahren gegen Witte und Steding gefälscht. Darauf ging einmal die Braunschweiger Staatsanwaltschaft ein. Nun wurde behauptet, Stölzel habe von Steding und Witte Aussagen erpreßt, indem er Zwangsmittel angewendet. Es fand sich außerdem nach einiger Zeit noch eine Frau Schuldirektorin H. a. s. e., die behauptete, Stölzel habe sie widerrechtlich genötigt, in den Landesschulrat einzutreten. Auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Vergehens gegen § 343 und Vergehens gegen § 339 StGB. In drei Fällen. Das Gericht kam zu der (von uns feinerzeit gemeldeten. Red.) Verurteilung und verhängte eine Strafe von drei Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen § 339 StGB.

Die Verhandlung selbst ergab in ihrem achtstündigen Verlauf ein anschauliches Bild, in welcher Weise ein sozialdemokratischer Vorgesetzter in der deutschen Republik von seinen Untergebenen behandelt werden kann. In den beiden Fällen Witte und H. a. s. e. mußte das Gericht zur Freisprechung gelangen. Im Falle Steding gelangte es zur Verurteilung, obwohl gerade dieser Zeuge denkbar ungläubwürdig ist. Der Mann ist dringend verdächtig, den Einbruch in dem Schreibtisch des Dr. Stölzel ausgeführt zu haben.

Wenn nun auch das Gericht nur in einem geringen Umfange zur Verurteilung gelangte, so hat es doch die Gelegenheit benutzt, den Angeklagten durch die Urteilsbegründung politisch zu schädigen, indem es ihn für unzuverlässig erklärte. Man hatte, um diesen Beweis zu führen, der an sich mit der Sache überhaupt nichts zu tun hatte, die ganze politische und amtliche Vergangenheit des Dr. Stölzel durchschnitten. Dabei stellte sich heraus, daß in einigen Fällen persönliche oder politische Gegner von ihm behaupteten, er hätte die Unwahrheit gesagt.

Stölzel ist für den Gerechtfertigten aus dem Verfahren rein hervorgegangen, und auch sein Charakter erscheint einwandfrei. Staatsanwaltschaft und Gericht haben alles getan, um die Autorität der Rechtspflege zu untergraben.

# Wirtschaft

## Die Reichsschulden.

Dem Reichstage ist, wie bereits kurz gemeldet, die übliche Anleihebendenschritt zugegangen, die ein überschüssiges Bild der Schuldenlast für das Jahr 1920 ergibt. Um die Hauptziffer vorauszunehmen: Ende September letzten Jahres betrug der gesamte Schuldenstand 221 834 648 571 M. Da aber 246 Milliarden Mark an Krediten bewilligt sind, und von diesen Krediten inzwischen wohl der größte Teil flüssig gemacht worden ist, so darf man auf Ende des Jahres 1920 die Reichsschuld auf rund 250 Milliarden Mark annehmen. Sind dies auch „nur“ Papier- und nicht Goldmark, so ist die Wirkung, da es sich um innere Anleihen handelt, im Endeffekt die gleiche, als wenn es Goldmark wären. Betrachtet man das Schuldkapital im einzelnen, so ergibt sich, daß der weitaus größte Teil, nämlich 138,2 Milliarden, auf unverzinsliche Schatzanweisungen entfällt, also nicht fundiert ist. Wie man diese Riesensumme auf einer schwebenden in eine feste Schuld umwandeln soll, darüber haben sich die Reichsfinanzweisen wahrscheinlich noch nicht den Kopf zerbrochen. Man hätte auf eine erhebliche Verminderung durch das Reichsanleiher rechnen können, wenn dieses rasch und mit Energie eingezogen worden wäre. Heute muß sein Ertrag mit zur Balanzierung des Reichsetats herangezogen werden, und die schwebenden Schulden werden weiter geschleppt. Das einzig erfreuliche an dem ganzen Bild ist, daß die Verzinsung der Reichsschulden nicht über 5 Proz. hinausgeht, während andere Staaten, wie z. B. die „salutatorische“ Schweiz, auf ihrem eigenen Geldmarkt nur zu 6 Proz. Geld aufweisen kann und bei Auslandsanleihen sogar 8 Proz. und darüber bewilligen muß. Von den sogenannten Kriegsanleihen, den fünfprozentigen Schuldverschreibungen, werden noch 67,7 Milliarden Mark ausgemessen. Die Sparprämienanleihe, die viel angefochtene, hat 3,7 Milliarden gebracht, davon allerdings nur 1,8 Milliarden neues Geld, der Rest in Kriegsanleihe.

Es wäre heute verfrüht, wollte man aus diesem Stande der Reichsschulden weitergehende Schlüsse ziehen und Vorschläge zu ihrer Sanierung erörtern. Solange die wichtigste Frage, die Frage der Kriegsschuld an die Entente noch nicht gelöst ist, würden derartige Auseinandersetzungen doch nur unsuchtbar sein. Aber darin sind sicherlich alle berufenen Kreise einig, daß man, nach endgültiger Regelung unserer Kriegsschulden, den Lasten mannhaft ins Auge sehen muß, und wenn diese Lasten auch noch so erschreckend sind.

Die Reichsbank zeigt in ihrem Ausweis für die dritte Februarwoche, daß die Rückflüsse an Zahlungsmitteln noch immer andauern. In der Berichtswoche hat sich der Umlauf an Banknoten und Darlehensschuldscheinen auf 667,9 Millionen vermindert, Banknoten allein um 413,9 Millionen. Die Ziffer des Banknotenumsatzes beträgt jetzt 65 519 Millionen Mark. Wie man sieht, geht die Abnahme des Papiergeldberges noch immer äußerst langsam vor sich. Bemerkenswert ist, daß der Goldbestand in der Berichtswoche etwas abgenommen hat. Er beträgt jetzt auf 1 091 620 000 Mark.

# Groß-Berlin Narrenhände . . .

Wenn man einmal als Schulkind einen Satz als Strafarbeit in 20facher Wiederholung „lernen“ durfte, so vergißt man ihn nicht. Und mein Vergehen war doch nach meiner Schülermeinung nicht so schlimm. Was so viele meiner Mitschüler taten, die Gesichtszahlen, die schlimmen, die ich nie konnte, auf den Tintenstiftdeckel zu schreiben, hatte ich auch getan. Und — war dabei ertappt worden. Die „Narrenhände“ habe ich mir damals gemerkt.

Eine Fahrt von Reinickendorf bis Friedenau gibt jedem Gelegenheit, schlimmere Spuren solcher Hände zu betrachten. Wer etwa im Ringbahnzuge die Notwendigkeit verspüren sollte, sich auf dem glücklicherweise in manchen Abteilen noch vorfindendem Ueberfahrplan über Fahrpläne zu orientieren, erlebt die Freude, daß gerade an den Stellen, wo seine gesuchten Stationsnamen stehen könnten, Zettel stehen „Gegen die Juden“, und wenn man ein Streichholz in den an der Tür angebrachten Aschbecher wirft, wird man auch an dieser Stelle freundlichst aufgefordert „Schmeiß die Juden raus“. Hat man das zweifelhafte Vergnügen, eine Viertelstunde oder länger im Vorraum zu verbringen, bis man den Anschlußzug bekommt, so sorgen teutschpöhlische Jünglinge dafür, daß die Prosa der dort angebrachten Verordnungen und Bestimmungen durch überstempelte Einladungen „Lest das deutsche Wochenblatt“ u. a. angenehm unterbrochen wird. Daß im Wannseezug der Reigen der Darbietungen dieser hoffnungsvollen Jünglinge seine Fortsetzung findet, ist wohl selbstverständlich.

Biel ist nach der Revolution gesündigt worden, wenn es gott, eine umfassende Verberätigkeit zu empfangen. Kein Zaun, keine Mauer und Laternenpfahl blieben verschont. Fahrpläne zu überstempeln und Stationsübersichten zu bellegen, diesen Gipfel der Ungezogenheit leisteten sich bisher nur teutschpöhlische Jünglinge. Es müssen in der Erziehung dieser hoffnungsvollen Jugendblüte wohl recht bedenkliche Lücken klaffen und die „gute Kinderstube“ verrät sich da gerade nicht! — — —

## Auf Schwindelreisen durch Europa. Festnahme eines Hochstaplers und Erpressers.

Mit einem reisenden Hochstapler, der beinahe in ganz Europa Schwindelreisen verübt hat, bis er jetzt in Magdeburg unschuldig gemacht wurde, beschäftigte sich auch die Berliner Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen Mann, der sich Willi Dühring nennt und im Jahre 1898 in Berlin geboren sein will. Dühring, der seine Person im Dunkeln zu halten versucht, gibt an, daß er nach einer mehrjährigen Zuchthausstrafe im März v. J. aus der Strafanstalt entlassen worden sei und sich dann zunächst in Frankfurt a. M. als Privatdetektiv betätigt habe.

Unter verschiedenen Namen, die er aber ebenfalls nicht angeben will, ist der Schwindler in fast allen größeren Städten Deutschlands, der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Norwegens usw. gewesen und hat wahrscheinlich überall von Betrügereien gelebt. Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben, wohnte er Mitte Dezember v. J. in einem Berliner Privathotel. Als er dort eintraf, trug er einen wertvollen Seespielzeugkoffer. Dieser war ihm viel zu groß. Nach einigen Tagen kam er ohne Mantel ins Hotel und erzählte, der Pelz sei ihm im Rheingold gestohlen worden. Wahrscheinlich aber hatte er ihn selbst irgendwo gestohlen und jetzt veräußert oder verkauft. Den Hotelwirt, dem er sich als Hotel- und Kinobesitzer vorgestellt hatte, bewog er durch diese Erzählung, ihm einen Leberzieher zu borgen. Dann schwindelte er einem anderen Gast noch 500 M. ab und verschwand, ohne seine Hotelrechnung begleichen zu haben. Aus Andeutungen, die er selbst machte, hat der Hochstapler es verstanden, sich verheirateten Frauen aus bessergestellten Kreisen zu nähern und solange mit ihnen zu verkehren, bis er sie durch erpresserische Drohungen ausgeplündert hatte. Außer als Hotel- und Kinobesitzer trat er gern auch als Hauptmann der Landwehr auf. Zu diesem Zwecke hat er sich auch in Uniform photographieren lassen. Mehrere Lichtbilder dieser Art hatte er bei seiner Verhaftung noch in seinem Gepäck, zwei Kupeelöffeln mit Leibwache und Anzügen, die er wahrscheinlich auch irgendwo gestohlen oder erzwunden hat. In dem Gepäck fand man außerdem eine Anzahl Visitenkarten auf den Namen Dr. H. Richter, Prokurist und Börsenvertreter der Hamburger Privatbank, und eine sehr wertvolle goldene Damenuhr mit mattgoldenen Zifferblatt und 79 Brillantplättchen.

## Frauen und Preußenwahlen. Konferenz der Berliner Parteigenossinnen.

Die sozialdemokratischen Funktionärinnen von Groß-Berlin hatten sich am Freitag zu einer Konferenz in den Sophienkassen sammelt. Ueber das Ergebnis der Landtagswahlen referierte Genossin Gertrud Hanna.

Einstehend gedachte die Vortragende der Schwierigkeit der jetzigen politischen Situation, wie sie in Auswirkung des verlorenen Krieges und des Friedensvertrags die Verhandlungen der Londoner Konferenz besonders trüb demonstrieren. Wenn die Situation in dieser Weise sich schon früher so außerordentlich eindrucksvoll zeigte und die Volkswaffen so tief wie jetzt innerlich erschüttert hätte, dann wären die Landtagswahlen in weit stärkerem Maße noch unsrerseits eine Abrechnung mit denen geworden, die uns in den Krieg hineingebracht haben. Aber auch so haben wir gut abgekommen und alle Wünsche, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Die parlamentarischen Machtverhältnisse, die durch die Wahlen geschaffen wurden, zeigen, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zusammen genommen beinahe so stark im neuen Preußenparlament sind, wie unsere Partei zusammen mit den Unabhängigen. Jedenfalls werde die Regierungsabwicklung schwierig sein. Die Fraktionen treten in den nächsten Tagen zusammen. Die Wahlen sind vorbei, aber der Kampf geht weiter. Viel Arbeit gibt es jetzt — neben der sonstigen Parteiarbeit —, um die Lehren auszuwirken, die uns die Wahl erteilt hat. Viel Kleinarbeit im besten Sinne wird darauf verwendet werden müssen, bei denen, die schon mit dem Gefühl, aber noch nicht so sehr mit den Gedanken bei uns sind, die Ueberzeugung von den sozialistischen Ideen zu wecken und zu fördern und neue Mitglieder und Anhänger der Partei zu gewinnen. Es ist dahin zu streben, daß sich ein Teil der Mehrheit des Volkes für unsere Partei, für die Partei erklärt, die allein in der Lage ist, uns aus den jetzigen Verhältnissen herauszubringen und uns eine glückliche Zukunft zu garantieren. (Beifall)

Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Genossinnen Splitz, Kube, Rirschnek und Wachenheim, sowie der Genosse Ostka beteiligten. In den Vorlesungen zitierten noch die Erfahrungen der Wahlzeit nach. Andererseits wurde mit dem Blick in die Zukunft eindringlich die Frage nach der besten und erfolgreichsten Art der Werberbeit erörtert. — Genossin Wachenheim berührte auch die Frage der Regierungsabwicklung und bemerkte dabei: Außenpolitisch stehen wir vor den schwierigsten Aufgaben und vor einer so großen Verantwortung, wie wir sie je getragen haben. Deshalb soll man an solchen Beschüssen, wie dem Berliner Beschluß, der die Berliner Landtagskandidaten gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei verpflichtete, nicht mehr rühren. Wie falsch solche Feststellungen sind, zeigt gerade die jetzige so überaus schwierige Situation für das Reich. Ich bin auch nicht für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Aber die Dinge ergeben sich schließlich aus der Situation. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Wir haben heute noch keinen Anlaß, in eine Koalition im Reich einzutreten, und allen Anlaß, wenn irgend möglich eine unangenehme

Koalition in Preußen zu vermeiden. Aber es ist sich darüber heute noch gar nicht reben. — Nach dem Schlußwort der Genossin Hanna wurde die Regelung der Parteiarbeiten vorgenommen. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Londoner Konferenz“, hatte man abgelehnt.

Vor den Genossen der 96., 97. und 98. Abteilung sprach in der Aula der Oberrealschule Genosse Schriftsteller Breuer über das Wahlergebnis und die kommende Regierung in Preußen. Er ging von den Verhandlungen in London aus, beleuchtete unsere Stellung zur Entente und kam auf die Unmöglichkeit eines Rechtsblocks zu sprechen. Der Vortragende begründete seinen Standpunkt, daß die alte Regierungsloktion vollkommen tragfähig geblieben sei und wieder das Staatssteuer in die Hand nehmen müsse. Wenn schon an eine Erweiterung der Koalition gedacht wird, so käme für uns niemals die Deutsche Volkspartei in Frage. Hoffentlich sei den Unabhängigen durch diese Wahl die Einsicht gekommen, damit sie endlich den Weg zu praktischer Mitarbeit finden können. Nach einer anregenden Diskussion, an der sich auch Unabhängige beteiligten, stellte sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt des Vortragenden.

Eine Mitgliederversammlung der 104. Abteilung (Nieder-Schöneweide) nahm nach einem sehr beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Bartels, M. d. L., „Unsere Lehre aus der Landtagswahl“ eine Resolution an, die sich in der Frage der Regierungsabwicklung ebenfalls energisch gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausspricht und sich dagegen wendet, daß prominente Parteigenossen bürgerliche Zeitungen dazu benutzen, um in ihren Spalten taktische Fragen der Partei auszutragen.

## Verstärkter Zugverkehr auf der Wannesebahn.

Auf dem Wannesebahnhof tritt mit dem Ostersonntag, dem 27. d. Mts., eine wesentliche Vermehrung der Züge ein. Diese war zunächst für den verstärkten Sonntagsverkehr mit dem im April auf dieser Strecke zu rechnen ist, vorgesehen, soll jedoch bereits an den beiden Osterfeiertagen den erholungsbedürftigen Berlinern zugute kommen. Von dem genannten Tage ab werden auf der Wannesebahn von Berlin ab folgende neue Züge bis Wannsee gefahren: Ab Potsdamer Bahnhof 12,45 Uhr mittags, 1,00, 1,52, 2,2, 2,52, 3,22, 3,52, 4,45 Uhr nachmittags und 10,45 Uhr abends. Folgende Züge, die jetzt bereits bis Wannsee verkehren, werden bis nach Potsdam durchgeführt: ab Wannesebahnhof 3,00 und 5,00 Uhr nachmittags. In der Gegenrichtung verkehren folgende neue Züge ab Wannsee 12,45, 1,47, 4,17, 4,47 Uhr nachmittags, 7,40, 8,10, 8,40, 9,10 und 9,40 Uhr abends, während die Züge an Potsdamer Bahnhof 5,11 Uhr nachmittags und 7,11 Uhr abends von Wannsee bereits um 4,16 Uhr nachmittags und 6,16 Uhr abends von Potsdam nach Berlin gefahren werden. — Im Späterverkehr an den Werktagen tritt folgende Aenderung ein: Der Zug ab Wannesebahnhof 11,20 Uhr abends verkehrt bis Potsdam, an 12,14 Uhr nachts und der letzte Zug auf dieser Strecke wird um 11,50 Uhr nachts von Berlin abfahren und trifft in Wannsee um 12,28 Uhr nachts ein. In der Gegenrichtung wird von Wannsee ein neuer Zug um 12,35 Uhr nachts gefahren, der um 1,14 Uhr nachts in Berlin eintrifft.

Auch auf den übrigen Vorortstrecken ist beabsichtigt, die bereits im Fahrplan vorgesehenen Verbesserungen des Sonntagsverkehrs, die im April eingeführt werden sollten, schon am Osterfesttag und am 2. Osterfesttag einzuführen.

In Reinickendorf fand eine von Siebtern und Kolonisten außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung statt, um gegen die Verkehrsverhältnisse auf der Reinickendorfer-Liebenwalder-Rebenbahn zu protestieren. Die dort geschilderten Zustände sollte man tatsächlich in der unmittelbaren Nähe der Reichshauptstadt für unmöglich halten. Es wurde dargelegt, daß an dieser Bahnstrecke, die durch die schönsten Teile des Berliner Nordens, dem Seengebiet von Wandlitz, Liepnitz und Ranke führt, am Tage nur elf Züge, in beider Richtung gerechnet, verkehren. Einige Züge haben bis zu 20 Minuten Aufenthalt auf einzelnen Stationen. Dafür werden auf der Bahn Fahrpreise erhoben, die über das dreifache der Vororttarife der Staatsbahn betragen. Und das auf einer Bahnstrecke, die in Berlin beginnt und deren Endpunkt nicht weiter hinausliegt als Potsdam von Berlin. Die Versammlung beschloß, bei den zuständigen behördlichen Stellen entschieden die Verstaatlichung der Bahn und die sofortige Einführung eines Vororttarifs zu fordern und den Berliner Magistrat zu ersuchen, dieses Ziel zu unterstützen, weil es fast durchweg Berliner Bürger sind, die unter den heutigen trübseligen Verhältnissen zu leiden haben und durch die Behebung ihrer Vorortgrundstücke zur Linderung der Wohnungsnot beitragen würden.

## Funkentelegraphenverkehr Deutschland-England.

Der unlängst zunächst versuchsweise eingerichtete funkentelegraphische Verkehr Deutschland-England hat sich weiter günstig entwickelt. In der Zeit von 5-8 nachm., die vorläufig zur Verfügung stand, haben am 25. Februar mehr als 3000 Wörter übermittelt werden können. Für die Dauer der Londoner Konferenz findet ein erweiterter Funkverkehr während täglich 11 Stunden statt. Auf diese Weise wird es möglich sein, die vorhandenen Kabelverbindungen zu entlasten und im Falle von Störungen und Anbahnungen für die telegraphische Korrespondenz über einen zweiten Abzweig zu verfügen.

Unbekannte Selbstmörder im Automobil. In der Nacht zum 26. vorigen Monats haben sich in einer Kraftdrolche auf der Fahrt vom Potsdamer Bahnhof nach dem Stettiner Bahnhof zwei Männer erschossen, deren Persönlichkeiten bis jetzt nicht festgestellt werden konnten. Beide wurden der Charité zugeführt. Während einer bereits tot war, verstarb der andere nach kurzer Zeit. Papiere oder irgendwelche Wiedererkennungszeichen wurden bei den Leichen nicht vorgefunden. Die Toten werden folgendermaßen beschrieben: Der eine ist 20 bis 22 Jahre alt, 1,72 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, bartloses, irisches, ovales Gesicht, hohe Stirn, graue Augen, bogensförmige Augenbrauen, im Oberkiefer lüdenhafte Zähne, breites Kinn und unter dem rechten Knie eine bohnengroße Narbe. Der andere ist 22 bis 27 Jahre alt, 1,75 Meter groß, dunkelstark, hat blaues Gesicht, mit spärlichem blonden Schnurrbartanfang, blaue Augen, vollständige Zähne und langes liches Kinn. Bei den Toten fand man drei Taschentücher, gez. F. A. Nr. 2 und 3, und K. A. Nr. 5, ein weißes Leinwandstück mit Sternen und ein kleines Damentaschentuch mit Hofstaum und Stickerei. Lichtbilder der Toten können im Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 46, und im Leichenhause, hannoversche Straße 6, beschlagnahmt werden.

Einbruch bei den Metallarbeitern. Die Berliner Ortsverwaltung des D.M.B. teilt uns mit: Durch Einbruch ist bei einem unserer Bezirkskassierer ein größerer Posten Verbandsmarken entwendet worden. Um die Organisation vor Schaden zu bewahren, erkläre wir sämtliche Kollegen, darauf zu achten, daß vom heutigen Tage nur noch die Marken mit beständigem Ueberdruck Geltung haben. Sollten noch Marken ohne diesen Ueberdruck angeboten werden, bitten wir sofort zu melden, von wem der Betroffene das Material empfangen hat, damit uns die Möglichkeit gegeben ist, den Einbrechern auf die Spur zu kommen. Die Angelegenheit beschäftigt bereits die Berliner Kriminalpolizei, die den Einbrechern, die es nur auf die Marken abgesehen hatten, hoffentlich bald auf die Spur kommt.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Wer eine Kautionsbank oder Verpfändung seiner Wertgegenstände beabsichtigt, dem ist in dieser Woche Gelegenheit gegeben, bei der Firma Julius Rosenbergs u. Co., Spinnmühlensir. 36, zu recht billigen Preisen anzukaufen. Wir verweisen auf die heutige Annonce.



